



„Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“

Akademische Burschenschaften und Politik
in Österreich nach 1945

Bernhard Weidinger

böhlau

Bernhard Weidinger

„IM NATIONALEN ABWEHRKAMPF DER GRENZLANDDEUTSCHEN“

Akademische Burschenschaften und Politik
in Österreich nach 1945



Veröffentlicht mit Unterstützung des
Austrian Science Fund (FWF): PUB 199-G21

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: © Martin Juen

© 2015 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Lektorat: Stefan Galoppi, Korneuburg

Korrektorat: Herbert Hutz, Wien

Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien

Druck und Bindung: BALTO print, Vilnius

Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier

Printed in the EU

ISBN 978-3-205-79600-8

VORBEMERKUNGEN

Unter den vielen Personen, die das Zustandekommen dieses Buches ermöglicht haben, seien hervorgehoben: meine Eltern, meine Schwester, moja ljuba, Johanna Gehmacher, Sieglinde Rosenberger, Andreas Peham, Herbert Posch, Günter Cerwinka, Harald Lönnecker und Peter Krause. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften und die Universität Wien haben die zugrunde liegende Forschung maßgeblich finanziert, das Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien hat Bürorraum zur Verfügung gestellt. Ursula Huber und Carolin Noack ist für vortreffliche Betreuung von Verlagsseite zu danken.

Gemischtgeschlechtliche Gruppen von Personen werden im vorliegenden Werk mit geschlechtsneutralen Bezeichnungen oder mittels Binnen-I kenntlich gemacht, außer in Fällen, wo dies eine eklatante Männerdominanz verschleiern würde. Grenzfälle wurden zum Teil uneinheitlich gehandhabt. Die Ausweisung von Personen als (nicht-)korporiert erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen und grundsätzlich auf der Basis verbindungsstudentischer Schriften oder des Abgleichs mehrerer Quellen. Fehlerhafte Angaben in Einzelfällen können dennoch nicht vollständig ausgeschlossen werden. Für Weblinks gilt, wo nicht anders angeführt, der 1. Juli 2014 als Datum des letzten Zugriffs.

Für und wegen Willi und Erika Gugig, Leo Kuhn, Anna und Rosa Redlinger, Herta Reich und Poldi Schnabl.

INHALT

Vorbemerkungen	5
I. Einleitung	
I.1 Forschungsstand und Erkenntnisinteresse	12
I.2 Zum Gegenstand der Untersuchung	15
I.3 Methodische Erläuterungen	20
I.4 Quellen und Quellenkritik	24
I.4.1 Forschungspraktische und quellenkritische Herausforderungen	26
I.4.2 Spezifische Problemlagen einzelner Quellengattungen	31
I.5 Zentrale Begrifflichkeiten	34
II. Nationalsozialismus und postnazistische Restauration	
II.1 Völkische Korporierte im (und für den) Nationalsozialismus	45
II.2 Korporationen und ‚Entnazifizierung‘	52
II.3 Die Wiedererrichtung der Bünde	56
II.3.1 Restauration vs. Neubeginn	67
II.4 Rückeroberung von Öffentlichkeit	71
II.4.1 Salonfähigkeit durch konservative Elitensolidarität	76
II.5 Burschenschaftliche Vergangenheitsbewältigung	80
II.5.1 Die erste Bestandsaufnahme Günther Berkas (1950/51)	83
II.5.2 Die Auseinandersetzung um das ‚burschenschaftliche Geschichtsbild‘ (ab 1956)	90
II.5.3 Burschenschaftliche Gedenkpolitik	96
Exkurs: Zur Spezifik burschenschaftlicher Vergangenheitsbewältigung in Österreich	107
II.5.4 Die Feldpost-Anthologie der <i>Oberösterreicher Germanen</i> (1967)	110
Exkurs: Die Sprache der Vergangenheit	112
II.5.5 Generationenverhältnis zwischen Konflikt und Konformismus	114
II.5.6 Vergangenheitsbewältigung um die Jahrtausendwende	124
II.5.7 Schlussbetrachtungen	127

III. Burschenschaftliche Ideologie in Österreich	133
III.1 Die Burschenschaften in Österreich als <i>politische</i> Vereinigungen	133
III.1.1 Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis	138
III.1.2 Konjunkturen der Politisierung	144
III.2 Der burschenschaftliche Auftrag an den Einzelnen	150
III.2.1 Zwischen Geselligkeitsorientierung und Idealismus	152
III.2.2 Die <i>politische Klasse</i> unter Burschenschaftern	155
III.2.3 Burschenschaftliche <i>Meinungsführer</i>	157
III.2.4 <i>Burschenschafter-Politiker</i>	160
III.3 Burschenschaftliche Erziehung	164
III.3.1 Der burschenschaftliche Erziehungsauftrag	164
III.3.2 Ebenen und Orte burschenschaftlicher Erziehung	171
III.3.3 Funktionen und Konsequenzen	177
III.4 Politisch-ideologische Heterogenität und burschenschaftlicher Corpsgeist	181
III.4.1 Meinungsvielfalt und -hegemonie	181
Exkurs: Zur relativen Abweichung der <i>Oberösterreicher Germanen</i>	186
III.4.2 Konflikt und Kontroversen	191
III.4.3 Die Außenwahrnehmung: Burschenschaften als Monolith	201
III.4.4 Ursachen und Folgen burschenschaftlicher ‚Geschlossenheit‘	210
III.5 Wandel und Beharrung	213
III.5.1 Burschenschaften zwischen Avantgarde und Reaktion	214
III.5.2 Die Restaurationsphase: weiter (fast) wie bisher	220
III.5.3 Die 1960er-Jahre: Weckrufe und Reformanläufe	225
III.5.4 Der Streit um die Ehrenordnung	229
Exkurs: Das Duellwesen in Österreich nach 1945	232
III.5.5 Die 1970er-Jahre: Aufbruchsstimmung und Backlash	233
III.5.6 Gründe der Wandlungsresistenz	236
III.6 Selbstbild: Gegen-Elite	249
III.6.1 Herausforderung Zweite Republik	251
III.6.2 Wider die Herrschenden: Burschenschaften in Opposition	254
III.6.3 Für die Herrschaft: Burschenschaftlicher Elitarismus	261
III.6.4 Zusammenführung	271
III.7 Völkischer Nationalismus als weltanschaulicher Angelpunkt	273
III.7.1 Das Primat des Völkischen nach 1945	275
III.7.2 ‚Volkstumsbezogener Vaterlandsbegriff‘ und österreichische Eigenstaatlichkeit	286
III.7.3 Kritik der völkischen Ideologie	291

Inhalt

III.8 Burschenschaften und Demokratie	302
III.8.1 Zwischen Barrikaden, Bismarck und Führerprinzip	303
III.8.2 Demokratie als Form und Demokratie als Inhalt	305
Exkurs: Zur Demokratisierung der österreichischen Hochschulen	313
III.8.3 Demokratie im Verband und interbündischen Verkehr	315
III.8.4 Der Einzelbund: ein ‚Parlament im Kleinen‘?	319
III.8.5 Individuum und Kollektiv	326
IV. Praxis burschenschaftlicher Politik	335
IV.1 Burschenschaftliche Betätigung im politischen Sinn	335
IV.1.1 Politik des Appells	338
IV.1.2 ‚Grenzlandarbeit‘	341
IV.1.3 Hochschulpolitik	345
IV.2 Burschenschaftliche Betätigung im metapolitischen Sinn	355
IV.2.1 Gegen ‚Zeitgeist‘ und ‚Umerziehung‘:	
Frühe burschenschaftliche Metapolitik	355
IV.2.2 Wider die ‚österreichische Nation‘	360
IV.2.3 Gegen ‚Geschichtslügen‘: Burschenschaftliche Geschichtspolitik	365
IV.2.4 Einsatz für ‚das Deutschtum‘: die ‚Volkstumspolitik‘ der Burschenschaften	374
IV.2.5 ‚Nach außen wirken‘: burschenschaftliche Publizistik und Öffentlichkeitsarbeit	377
IV.2.6 ‚Neue Rechte‘ gegen ‚Neue Linke‘?	386
IV.2.7 Rezeption der ‚Neuen Rechten‘	399
IV.2.8 Burschenschaftliche Metapolitik um die Jahrtausendwende	412
IV.3 Burschenschaftliche Südtirol-Politik	416
IV.3.1 Der Konflikt in völkischer Perspektive	417
IV.3.2 Legaler Aktivismus	419
IV.3.3 Beteiligung am Bombenterror	424
IV.3.4 Allgemeine Ableitungen zu ‚Volkstumspolitik‘ und völkischer Ideologie	436
V. Burschenschaften und politische Parteien	443
V.1 Völkische Korporationen als freiheitliche Kaderschmieden: eine statistische Annäherung	448

V.1.1 Die Bundesebene	449
V.1.2 Die Landesebene	462
V.1.3 Zusammenschau	471
V.2 Zur Überparteilichkeit des Burschenschaftswesens in Österreich	476
Exkurs: NDP und NFA als verbindungsstudentische Projekte	481
V.3 Flügelkämpfe und Personaldebatten	489
V.3.1 Von der Parteigründung bis zum Innsbrucker Parteitag 1986	490
V.3.2 Haider-Ära, zweite Regierungsbeteiligung und Parteispaltung	501
V.4 Programmatik und Policy-Ebene	511
V.4.1 Freiheitliche Parteiprogramme	511
V.4.2 Agenda-Setting und Politikfeldbewirtschaftung	516
V.5 Parteienkooperation und Koalitionsoptionen	521
Exkurs: Sonderfall Steiermark?	528
V.6 Funktionen der FPÖ für die völkischen Korporationen	532
V.7 Funktionen des völkischen Korporationswesens für die FPÖ	541
V.8 Völkische Verbindungen und FPÖ: prekäre Interessengemeinschaft auf Gegenseitigkeit	550
VI. Abschließende Überlegungen	557
VI.1 Die politische Bedeutung der Burschenschaften in Österreich	560
VI.2 Zur burschenschaftlichen Politikfähigkeit	566
VI.2.1 Liberal-demokratische und burschenschaftliche Weltsicht	567
VI.2.2 Oppositionell aus Prinzip?	570
VI.2.3 Fähig und bereit zum Kompromiss?	574
Anhang	
Literatur, publizierte Quellen, Chroniken und Festschriften	581
Archive und Archivalien	603
Verbindungsstudentische, völkische und freiheitliche Periodika	608
Tabelle und Diagramme	609
Zitierte eigene Interviews	609
Abkürzungsverzeichnis	610
Glossar: Organisationen, Organe, verbindungsstudentische Begriffe	612
Personenregister	619

III. BURSCHENSAFTLICHE IDEOLOGIE IN ÖSTERREICH

Das vorliegende Kapitel widmet sich den Grundpfeilern burschenschaftlicher Ideologie in ihrer in Österreich nach 1945 vorherrschenden Ausprägung. Es bildet damit die Basis für die Kapitel IV und V, in denen die in dieser Ideologie ankernde und/oder mit ihr begründete politische Praxis im Mittelpunkt steht. Den Anfang bildet eine Auseinandersetzung mit dem politischen Charakter der Burschenschaften in Österreich, d.h. mit ihrem selbst gegebenen politischen Auftrag.

III.1 Die Burschenschaften in Österreich als *politische* Vereinigungen

Vor dem Hintergrund einer rund zweihundertjährigen Geschichte des politischen Aktivismus verwundert nicht, dass Burschenschaften weithin – und übereinstimmend mit ihrer Selbstwahrnehmung¹ – als ‚politischster‘ aller Korporationstypen gelten. Von ihren Mitgliedern erwarten sie, zeitlebens und in allen Lebensbereichen im Sinne burschenschaftlicher Werte zu handeln und dabei Unannehmlichkeiten nicht zu scheuen. Auf diesem Ethos der Opferbereitschaft gründet das burschenschaftliche Selbstverständnis als Wertelite, aus welchem wiederum ein Anspruch auf politische Führungsfunktionen abgeleitet wird (vgl. Abschnitt III.6.3). Was Burschenschaften dabei von anderen Formen der deutschnationalen, schlagenden Studentenverbindung abhebt, ist weniger das Ideal einer wertorientierten Lebensführung an sich als die verhältnismäßig konkrete Ausformulierung der Verhaltenserwartungen (gerade auch) auf politischem Gebiet bzw. der politischen Programmatik, mit welcher individuelles Verhalten im Einklang zu stehen hatte. Dies sorgte wiederholt für Konflikte mit anderen Verbindungen, wie etwa die *Oberösterreichische Germanen* in ihrer Chronik für 1972 festhielten:

Immer wieder hatte man im WKR damit zu kämpfen, daß nur Burschenschaften ihre Mitglieder zu bestimmter politischer Aktivität anhalten können – zumindest wurde dies von Corps, Landsmannschaften und Verbindungen wiederholt als Rechtfertigung ihrer politisch passiven Haltung herangezogen.²

¹ Vgl. Kaupp 1997, 91; Pendl 2009, 13.

² Oberösterreichische Germanen 1994, 26. Vgl. auch ebd., 91. Zu Irritationen insbesondere zwischen Burschenschaften und den sich zu politischer ‚Toleranz‘ bekennenden Corps vgl. auch BAK, DB 9, E. 4 [B2], Bericht des GHA 1964, Beilage II zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 4 (Libertas) vom Dezember 1964, 1; *ad-times* Nr. 33/1982 [Oktober], 8; Schiedel 2007, 72; sowie die *Semesternachrichten* der Wiener aB! Silesia,

Der zentrale Stellenwert des politischen Auftrages für das Selbstbild der Burschenschaften wird schon daran ersichtlich, dass praktische politische Aktivität im burschenschaftlichen Sprachgebrauch gemeinhin als ‚burschenschaftliche Arbeit‘ firmiert. Dass diese „Hauptzweck unserer Bundesarbeit“ zu sein hätte, stand für Wortführer der Burschenschaften in Österreich schon in der Wiederaufbauphase nach 1945 außer Zweifel. „(D)er Ausbau unserer Bünde darf sich nicht nur in Hausbauten, festlichen Kommersen, Bällen und in wachsender Mensurtätigkeit auswirken“, hielt Peter Wrabetz jun. (*Gothia Wien*) als DBÖ-Referent für burschenschaftliche Arbeit 1959 fest.³ Bereits 1955 hatte *Olympia* darauf gepocht, dass der ADC-Tag „sich hauptsächlich, dem Wesen der Burschenschaft entsprechend, mit völkischen Problemen zu befassen“ habe.⁴ Ohne Bereitschaft zum „Dienst an der Gemeinschaft“, ohne „politischen Willen, wäre Burschenschaft nicht Burschenschaft“, verkündete wiederum Waldemar Steiner, damals (FPÖ-)Vizebürgermeister der Stadt Salzburg, am Stiftungsfest seiner *Olympen* 1974. Es sollte daher, so Steiner, „auch in Zukunft kein politisches Geschehen geben, in dem nicht auch Burschenschafter mitzubestimmen haben“.⁵

Worin aber bestand nach 1945 der politische Auftrag, den Zitate wie diese beschworen? Was war im Untersuchungszeitraum die Stoßrichtung jener „gesellschaftspolitische(n) Arbeit“, die Burschenschafter als „die Basis unseres Handelns“ bestimmten?⁶ Wenngleich diese Frage sich durch das gesamte Kapitel III ziehen wird, lassen sich vorab doch einige Punkte benennen, die in den verschiedenen Erläuterungen der burschenschaftlichen politischen Agenda häufig wiederkehren.⁷ Ihr Zentrum findet Letztere im Einsatz für das – freilich unterschiedlich interpretierbare und auch realiter unterschiedlich interpretierte – Ziel, das Wohl des ‚deutschen Volkes‘ oder ‚Vaterlandes‘ zu mehren.⁸ Dazu zählte in burschenschaftlichem Verständnis nicht zuletzt die Wahrung oder Wiederherstellung völkischer Einheit, respektive das „opferbereite Wirken für die geistige Einheit eines freien deutschen Vaterlandes über die Grenzen hinweg“ (nach 1945 ergänzt durch den Einsatz „für ein einiges Europa in der Gemeinschaft der freien Völ-

Sommer 1987, 3. Auf parteipolitischer Ebene engagierten Corpsiers und Burschenschafter sich freilich dennoch zumeist in derselben Partei. Als Beispiele freiheitlicher Funktionäre aus den Corps seien Tassilo Broesigke, Andreas Mölzer oder Manfred Haimbuchner genannt.

³ BAK, DB 9, E. 4 [A1], Anlage 2/7 zur Niederschrift des ADC-Tages 1959, 4.

⁴ BAK, DB 9, E. 4 [A1], Arbeitsunterlagen zum ADC-Tag 1955, Brief Olympias an die ADC-Bünde vom April 1955.

⁵ Steiner 1974, 9f.

⁶ Aldania 1994, 244.

⁷ Wie stets in diesem Buch stehen dabei die innerhalb des Burschenschaftswesens in Österreich dominanten Auffassungen im Vordergrund. Zu den allgemeinen „(p)rogrammatische(n) Grundlagen burschenschaftlicher Politik“ vgl. auch Heither/Schäfer 1997, 240–247, zu den inhaltlichen „Konsequenzen des burschenschaftlichen Politikverständnisses“ vgl. ebd., 247–262.

⁸ Vgl. z.B. Alemannia 1962, 25; AVSt, DBÖ 1994, II; Germanenmitteilungen, Dezember 1967, o. S.

ker“).⁹ Solche Einheit sollte teils im Wege staatsrechtlicher Grenzkorrekturen gestiftet werden (Überwindung der deutschen Teilung, Südtirol/Alto Adige¹⁰, Oder-Neiße-Linie), teils über die Kultivierung eines volksgemeinschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls, wie sie Burschenschafter insbesondere in Österreich für notwendig befanden.¹¹ „Kulturfremde‘ Einflüsse – ob als US-amerikanischer ‚Kulturimperialismus‘ oder in Form von Immigration – galt es als „Überfremdung“ abzuwehren.¹² Zu einem gesunden Verhältnis des ‚deutschen Volkes‘ zu sich selbst gehörte in burschenschaftlicher Auffassung weiters das „Suchen nach [historischer, Anm. B.W.] Wahrheit, Ehre den großen Männern unseres Volkes, Ehrung unserer Soldaten beider Kriege“.¹³ Aus dem burschenschaftlichen Freiheitsideal wiederum wurde der Anspruch abgeleitet, gegen die Einschränkung von Grundrechten (und hier nicht zuletzt der Meinungsfreiheit, die man in Österreich bevorzugt durch AntifaschistInnen und das NS-Verbotsgesetz bedroht sah) anzugehen sowie jene demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen zu verteidigen, die man in der Weimarer und der Ersten österreichischen Republik noch hatte zerstören geholfen.¹⁴ Elementare Gefährdungen der Freiheit erblickte man zudem in der Gestalt von Materialismus¹⁵, „Vermassung“ und „Nivellierung“¹⁶ sowie im als deren maßgeblicher Träger ausgemachten Sozialismus/Kommunismus in Theorie und Praxis.¹⁷

Zwischen Bildungs- und Aktionsgemeinschaft

Jenseits der Frage, wie der politische Auftrag der Burschenschaften programmatisch zu bestimmen sei, war auch jene nach den Formen seiner Umsetzung ständiger Ge-

⁹ So die 1965 beschlossenen Grundsätze der DBÖ (BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum ADC-Rundschreiben Nr. 1 [Markomannia] von 1965/66, 1).

¹⁰ Ich verwende zur Bezeichnung des geografischen Gebietes (der seit 1948 offiziell Autonomen Provinz Bozen/Provincia Autonoma di Bolzano) die Bezeichnung ‚Südtirol/Alto Adige‘ und enthalte mich so der Wahl zwischen zwei gleichermaßen problematischen Benennungspraxen. Während der Name ‚Alto Adige‘ der Propaganda des italienischen Faschismus entspringt, kann die Rede von ‚Südtirol‘ (umso mehr in der Schreibweise ‚Süd-Tirol‘) revanchistische Begehrlichkeiten von deutsch- oder austronalistischer Seite zum Ausdruck bringen. Ich spreche von ‚Südtirol‘ allerdings dort, wo die burschenschaftliche bzw. anderweitig deutsch-völkische Perspektive wiedergegeben werden soll oder wo in der wissenschaftlichen Diskussion gängige Komposita („Südtirolfrage“, „Südtirol-Paket“ u. Ä.) Verwendung finden.

¹¹ Vgl. u.a. Alemannia 1962, 2 und 25; Steiner 1974, 12; *Germanenmitteilungen*, Dezember 1967, o. S.

¹² Vgl. u.a. Steiner 1974, 13.

¹³ Alemannia 1962, 25.

¹⁴ Vgl. etwa Aldania 1994, 244; Steiner 1974, 13; AVSt, DBÖ 1994, 11; oder den dahin gehenden Beschluss der DB-DBÖ-Delegiertenversammlung von 1968, zit. in den *Germanenmitteilungen*, Juli 1968, 2.

¹⁵ Vgl. Alemannia 1962, 25 oder Steiner 1974, 13.

¹⁶ Alemannia 1962, 25 bzw. Steiner 1974, 12.

¹⁷ Vgl. etwa Alemannia 1962, 2.

genstand interner Diskussionen. Die Hauptkonfliktlinie verlief dabei im 19. Jahrhundert wie auch nach 1945 zwischen einer bildungsorientierten („armunistischen“) und einer interventionistischen („germanistischen“) Strömung.¹⁸ Während armunistische Verbindungen ihre zentrale Aufgabe in der politischen und sittlichen Erziehung ihrer Mitglieder erkennen, pochen germanistische Bünde darüber hinaus auf eine Verpflichtung nicht nur des einzelnen Burschenschafters, sondern auch von Verbindung und Verband zu politischem Engagement. In einer Variation dieser Debatte wurde im Rahmen der *Deutschen Burschenschaft* (DB) nach 1945 auch darüber gestritten, ob eine etwaige Verpflichtung der Mitgliedsbünde zu politischem Aktivismus sich auf die Hochschulpolitik beschränken oder ein allgemein-politisches Mandat verwirklichen sollte.¹⁹ Die Fronten verliefen dabei zumindest zeit- und näherungsweise entlang weltanschaulicher Linien. So identifizierten die *Burschenschaftlichen Blätter* 1990 die Befürworter der „Aktionsgemeinschaft“ mit den „betont konservativen“ Burschenschaften (organisiert in der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft/BG*), ihre bildungsorientierten Widersacher dagegen mit den „liberalen“ Bünden.²⁰ Die Österreicher standen geschlossen im aktivistischen Lager: Am Burschentag 1977 stimmten alle neun vertretenen österreichischen Bünde für zwei (erfolglose) Anträge, wonach die politische Aktionsgemeinschaft als für alle Mitgliedsbünde bindendes Verbandsprinzip verankert werden sollte.²¹

Vor diesem Hintergrund mag überraschen, dass politische Aktionen in vielen (gerade auch internen) burschenschaftlichen Schriften nur geringen Raum einnehmen. Wird die Umsetzung des ‚politischen Auftrages‘ thematisiert, so hauptsächlich unter Verweis auf Aktivitäten der politischen Bildung, was für ein in der Praxis eher ‚armunistisches‘ Verständnis von Burschenschaft spricht. In ihren Grundsätzen von 1965 betont die DBÖ sich dazu, „ihre Mitglieder zu objektivem politischem Denken“ zu erziehen und ihnen „das volle Einstehen“ für staatsbürgerliche Rechte und Pflichten sowie „rege Anteilnahme an allen Belangen des deutschen Volkes“ abzufordern.²² Noch in den 1990er-Jahren erwähnt eine DBÖ-Werbeschrift lediglich das Bestreben der Burschenschaften, „ihren Mitgliedern (...) eine gediegene Allgemeinbildung zukommen zu lassen“ und sie „zu einem von verantwortlichem und verantwortungsbewussten [sic]

¹⁸ Vgl. zu den Begriffen Schröder 2005.

¹⁹ Vgl. etwa Schmidt 2000, 9f.

²⁰ *Burschenschaftliche Blätter* Nr. 5–6/1990, 75 (zit. n. Schmidt 2000, 21). Gugerbauer hatte Mitte der 1970er-Jahre einen solche Zusammenhang verneint (vgl. Oberösterreicher Germanen 1994, 61).

²¹ Vgl. BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1977, 20 sowie die Niederschrift desselben Burschentages, 14 f. und 46–50. Zur Position der BG vgl. AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 16–19.

²² BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum ADC-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (untartiert), 2.

politischen Handeln geprägten Leben“ anzuhalten.²³ Der deutlichste Hinweis auf aktive politische Betätigung der Bünde als solche besteht dabei in der Erwähnung von Flugblatt- und Infostandaktionen.²⁴ *Stiria* Graz definiert ihre burschenschaftlichen Aufgaben noch heute als „(e)ine studentische und eine politisch erzieherische“²⁵, *Silesia* Wien präsentiert sich gar explizit als einem „arministische(n) Prinzip“ verpflichtet, versteht darunter allerdings lediglich die Weigerung, sich „zum Drill für eine politische Fraktion (...) her(zu)geben“²⁶.

Die solch bildungsorientierter Anmutung zum Trotz unzweifelhaft interventionistische Ausrichtung der Österreicher verdeutlicht ein Beschluss, den die Delegiertenversammlung des 1965 gebildeten gemeinsamen Dachverbandes von DB und DBÖ 1968 zur Zufriedenheit der Österreicher fasste: „Aus ihrer Zielsetzung heraus ist die Burschenschaft“ – über Erziehung zu politischer Handlungsfähigkeit und kritischem Denken hinaus – „zur politischen Aktion verpflichtet“; dies gelte für die Hochschulpolitik wie auch jenseits derselben und binde den Verband ebenso wie den Einzelbund.²⁷ Auch auf praktischer Ebene war das Verhalten jedenfalls des Gros der österreichischen Bünde in der Zweiten Republik keineswegs von politischer Enthaltsamkeit geprägt, wie ich in Kapitel IV zeigen werde. Ungeachtet dessen forderten interne Kritiker immer wieder ein Mehr an Aktivität auf allen Ebenen ein. „Mit wenigen Ausnahmen scheinen sich die österreichischen Burschenschaften weder als politische Bildungs- noch als politische Aktionsgemeinschaften zu verstehen“, vermerkte etwa Sigurd Scheichl (*Germania* Innsbruck) 1978 in einem Rundschreiben an seine Bundesbrüder.²⁸ Auch mangelnde Sichtbarkeit wurde häufig beklagt, bestehe doch „(d)ie eigentliche politische Aufgabe der Burschenschaft (...) darin, ihr Ideengut in die Öffentlichkeit zu tragen“.²⁹ Sowie Pläne zur Errichtung von Hochschulen in Linz und Salzburg ruchbar wurden, beschloss der DBÖ-Tag in diesem Sinne die Sondierung von Möglichkeiten, in diesen Städten Burschenschaften (wieder-)aufzumachen.³⁰ „Das Bestreben der Burschenschaft soll und muß es immer sein, ihr Gedankengut möglichst an alle deutschen Hochschulen

²³ AVSt, DBÖ 1994, 16 bzw. 28.

²⁴ Ebd., 17.

²⁵ <http://www.stiria-graz.at/index.php/wir-ueber-uns>.

²⁶ <http://www.silesia-wien.at/index.php/silesiageschichte.html> (Herv. entf.).

²⁷ Zit. nach den *Germanenmitteilungen*, Juli 1968, 1.

²⁸ PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7.

²⁹ So Herwig Büchele (*Brixia* Innsbruck) 1960 in seiner Eigenschaft als DBÖ-Volkstumsreferent (BAK, DB 9, E. 4 [A2], Anlage 2/6 zum Protokoll des DBÖ-Tages 1960, 10). Zu den Bemühungen insbesondere der *Oberösterreichische Germanen* um eine höhere Wahrnehmbarkeit der Burschenschaften in Österreich vgl. *Oberösterreichische Germanen* 1994, 163, 26 und 109 sowie BAK, DB 9, B. VI., Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 42 f.

³⁰ Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962, 10 f. und die Niederschrift desselben, 8.

zu tragen und auf breiteste Basis zu stellen“, argumentierte *Olympia* auch im Rahmen der DB.³¹ Doch selbst dort, wo bereits seit langer Zeit Bünde bestanden, blieb deren Wahrnehmbarkeit beschränkt: In Innsbruck „existieren die Korporationen heute so gut wie unter Ausschluß der Öffentlichkeit“, notierte Scheichl 1975.³²

III.1.1 Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis

Die Diagnose einer Kluft zwischen selbst proklamiertem politischem Anspruch und realer politischer Praxis zählt zu den wiederkehrenden Motiven burschenschaftlicher Selbstreflexion nach 1945. Beständig wird dabei beklagt, dass die Burschenschaften der jeweiligen Gegenwart hinter ihr historisches Erbe zurückfielen oder gar zu reinen Geselligkeitsvereinen verkämen. Eine Variation dieser Kritik besteht in der Feststellung eines Missverhältnisses zwischen rein deklaratorischen Akten (etwa in Form der von burschenschaftlichen Verbänden habituell verabschiedeten Eingaben „an irgendein oberstes Bundesorgan“³³) und handfestem, persönlichen Einsatz erforderndem Engagement. Als bezeichnend kann der ADC-Beschluss von 1957 gelten, die Meraner Hochschulwochen als Zeichen der Sorge um Südtirol mit einer Abordnung von 15 bis 20 Burschenschaftern aus Österreich zu beschicken; tatsächlich machten deren drei sich auf den Weg.³⁴ Vor diesem Hintergrund erging am ADC-Tag 1958 der Appell *Alanias*, wonach man „nicht nur Beschlüsse fassen, sondern auch Taten setzen“ müsse.³⁵ Dennoch sah sich auch 1961 der hochschulpolitische Referent der DBÖ, Hansjörg Weinberger (*Marcho Teutonia* Graz), in seinem Tätigkeitsbericht zu der Feststellung veranlasst,

dass eine politische Betätigung oder ein sichtbares Interesse an politischen Begebenheiten der Hochschulpolitik bei vielen Burschenschaftern fehlt. Dies zu ändern wäre eine wirklich vordringliche Arbeit der einzelnen Bünde. Die Abhaltung von Kneipen und die Austragung von Mensuren sind notwendig, jedoch vornehmlich die Charakteristika eines Corps, niemals aber einer Burschenschaft!³⁶

Trost konnten die Verfechter einer politischen Aktivierung der Verbindungen allenfalls in dem Umstand finden, dass politische Passivität unter bundesdeutschen Burschenschaften noch weiter verbreitet schien. Die zentrale innerburschenschaftliche

³¹ BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 38.

³² PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 2.

³³ Schröder 2005, 3.

³⁴ Vgl. BAK, DB 9, E. 4 [Br], ADC-Rundschreiben Nr. 3 (Albia) vom Oktober 1957, 2.

³⁵ BAK, DB 9, E. 4 [Ar], Niederschrift des ADC-Tages 1958, 10.

³⁶ BAK, DB 9, E. 4 [Az], Anlage 2/4 zur Niederschrift des DBÖ-Tages 1961, 2. Vgl. auch das noch apodiktischere Urteil des Volkstumsreferenten Heinz Hauffe (*Brixia* Innsbruck) in Anlage 2/6, 3.

III.1 Die Burschenschaften in Österreich als politische Vereinigungen

Auseinandersetzung stellte sich ihnen daher als eine zwischen „bedingungslosen Vertretern nationaler Ideale“ und jenen dar, denen „das Fafnerische Ruhebedürfnis, vielleicht auch eine billigere Volksausgabe des Corps, wichtiger als alles andere erschien“.³⁷ Ebendiesen Konflikt zugunsten der Ersteren zu entscheiden, war – neben der Aufnahme österreichischer Bünde in die DB – auch Gründungsidee der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* 1961.³⁸ Trotz von Letzterer erwirkter Erfolge in der Repolitisierung des Dachverbandes konstatiert der Chronist der *Oberösterreicher Germanen* auch für Ende der 1980er-Jahre „politische Apathie“ in der DB: „(V)on einer konkreten politischen Willensbildung oder gar einer Aktion konnte keine Rede sein.“³⁹ Von der „entnervenden Paralyse“ des Verbandes wusste auch *Germanen*-Sprecher Gunther Pendl 1991 in der *Bundzeitung* zu berichten. „Manchmal hat man gar den Eindruck, daß wir in die Sauf- und Raufverbindungen der vorburschenschaftlichen Zeit zurückgefallen sind.“⁴⁰

Ursachenanalyse

Paradoxalement, so möchte ich nachfolgend argumentieren, stellen eben die Bemühungen der Österreicher, ihre bundesdeutschen Waffenbrüder in ihrem Sinne zu politisieren, einen der zentralen inneren Faktoren dar, die ihnen selbst ein intensiveres politisches Engagement nach 1945 verunmöglichten. Die anderen Punkte umfassen die Bedeutung, die sie dem verbindungsstudentischen Brauchtum nach wie vor beimaßen, den (Wieder-)Aufbau eines ausufernden Institutionengefüges, ein gewisses politisch-programmatisches Vakuum sowie Zeitmangel und chronische Personalknappheit.⁴¹

³⁷ Teutonia 1968, 107; vgl. auch BAK, DB 9, E. 4 [A1], Protokoll des ADC-Tages 1955, 10. Fafner verweist auf den schlafenden Lindwurm aus Wagners ‚Ring des Nibelungen‘, der einst ein Riese war (bzw. auf die diesem zugrunde liegende Figur der nordischen Mythologie).

³⁸ Vgl. AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 16–19 sowie den Tätigkeitsbericht der den Österreichern politisch eng verbundenen *Danubia* München von 1978: In der DB herrschten demnach „Ver einsmeierei“, „Satzungsfetischismus“ und eine „antipolitische() Grundhaltung“ vor, während der „nationalpolitische() Auftrag der Urburschenschaft“ vernachlässigt würde (BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1978, 2f.).

³⁹ Oberösterreicher Germanen 1994, 123 bzw. 151. Zu den Politisierungserfolgen vgl. ebd., 39 f.

⁴⁰ Zit. ebd., 166. Für noch rezentere Bestandsaufnahmen dieser Art vgl. etwa die Texte des rechtsextremen Publizisten Jürgen Schwab (*Staatsbriefe* Nr. 9–10/1996, 19 f., Schwab 2004 und 2009). Dieser wurde 2002/03 sowohl von *Thessalia zu Prag* in Bayreuth als auch von seiner Zweitburschenschaft *Germania* Graz ausgeschlossen (vgl. Schwab 2004).

⁴¹ Hierfür lassen sich neben der burschenschaftlichen Reformverweigerung auch externe Gründe anführen, etwa das ausgeprägte WerkstudentInnenntum der Nachkriegszeit (vgl. z.B. *Aula* Nr. 6/1953, 21), die jede Rekrutierung erschwerenden Lenkungseffekte des schwarz-roten Proporzwesens und steigender administrativer und ökonomischer Druck auf Studierende ab den 1970er-Jahren. In letzterer Hinsicht scheint eine Resolution erwähnenswert, die der Burschentag 1974 verabschiedete: Sie richtete sich ge-

Die versuchte Einflussnahme der österreichischen auf die bundesdeutschen Burschenschaften vollzog sich ab 1971 im Rahmen der DB und bis dahin v.a. im Rahmen der verschiedenen Kontaktforen zwischen dieser und der DBÖ⁴² und hatte verbindungsstudentische Fragen (etwa jene der Pflichtmunsur oder der Aufnahmekriterien für Neumitglieder) ebenso zum Gegenstand wie politisch-ideologische im engeren Sinn. Während sich innerhalb der DBÖ in beiderlei Hinsicht kaum gröbere Differenzen in der Auslegung der burschenschaftlichen Überlieferung ergaben (vgl. Abschnitt III.4), orteten die Österreicher in der Bundesrepublik grobe Verfälschungen derselben. Der missionarische Eifer, mit dem sie zu deren Korrektur antraten, blieb nicht unbemerkt. Vom „stellenweise vorhandenen Sendungsbewußtsein“, mit dem die Österreicher „die Burschenschaften in der Bundesrepublik auf die politischen Ziele der DBÖ festzulegen“ versuchten, berichtet ein DB-interner Diskussionsbeitrag zweier Bonner *Alemani*nen von 1960.⁴³ Entsprechende Absichten wurden von österreichischer Seite auch gar nicht bestritten: Die Befürchtung, „daß wir der DB eine politische Linie aufzwingen wollen“, treffe in der „Zentralfrage“ – ob nämlich die Burschenschaften „gesamtdeutsch“ orientiert blieben und der deutsche Charakter Österreichs gewahrt werden könnte – „durchaus zu“, sei diese doch für „unsere Existenz als Teil des gesamtdeutschen Volkes“ und „für unsere burschenschaftliche Daseinsberechtigung“ von vitaler Bedeutung.⁴⁴ Der Zusammenschluss aller Burschenschaften in *einem* Verband⁴⁵ und die politisch-ideologische Formierung desselben sollte die Burschenschaften erst zu einer politisch relevanten Kraft machen.⁴⁶ Die über Jahrzehnte in dieses Ziel investierten zeitlichen, finanziellen, personellen und intellektuellen Ressourcen standen freilich nicht zur Verfügung, um tatsächlich nach außen hin politisch wirksam zu werden.

gen die Einführung einer Regelstudienzeit in Deutschland, welche – wie in der Diskussion argumentiert wurde – „ein Tätigwerden auf politischem und gesellschaftlichem Gebiet in weitem Maße aus(schließt)“ (BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a], Niederschrift des DB-Burschentages 1974, 14). Aus demselben Grund sollten sich Burschenschaften Jahrzehnte später auch reserviert bis ablehnend zur Etablierung der dreigliedrigen Bologna-Studienarchitektur äußern.

⁴² Zu erwähnen sind hier nicht zuletzt die sogenannte Verbändetagung von DB und DBÖ und deren geschäftsführender Ausschuß (GAVT), die eine Fusion anbahnen sollten und von 1959 bis 1961 arbeiteten. 1965 wurde als Provisorium ein gemeinsamer Dachverband der beiden Verbände gegründet, als dessen beschlußfassendes Gremium man eine jährliche Delegiertenversammlung etablierte.

⁴³ BAK, DB 9, C. IV.2 [A1], VaB-Mitteilungen Nr. 24/1960, 7 bzw. 6.

⁴⁴ Karl Claus in den VaB-Mitteilungen Nr. 25/1961, 8 f. (BAK, DB 9, C. IV.2 [A1]).

⁴⁵ Dieses Ziel blieb auch nach 1971 bestehen (vgl. Aldania 1984, 42), da nach wie vor viele Burschenschaften außerhalb der DB standen. Auch österreichische Bünde zögerten angesichts der von ihnen in der DB georteten Aufweichungerscheinungen oft lange (und teils bis heute), sich dieser anzuschließen.

⁴⁶ Vgl. dazu die Analyse des Bonner *Alemani*nen Michael Hacker von 1991, wonach die BG-Bünde, insbesondere die österreichischen, „versuchen, ihre eigenen Möglichkeiten durch Einschaltung des bzw. Einflußnahme auf den Dachverband DB zu erweitern. Die DB stellt für sie ein Mittel ihrer Politik dar.“ (*Burschenschaftliche Blätter* Nr. 4/1991, 95)

Ähnliches gilt für die Pflege verbindungsstudentischer Bräuche, insbesondere des Fechtwesens, das in vielen Bünden täglich gepflogen wurde. Wie eine Verbands-Umfrage über das Sommersemester 1963 und das folgende Wintersemester ergab, hatten die DBÖ-Mitgliedsbünde in diesem Zeitraum 5.250 Stunden mit Fechten zugebracht. Die Abhaltung von Kneipen (zu denen sonstige gesellige Veranstaltungen noch zu addieren wären) hatte 1.064 Stunden in Anspruch genommen, während Burschenschaftliche Abende als ein zentrales Element der bundinternen Bildungsarbeit mit vergleichsweise bescheidenen 510 Stunden zu Buche geschlagen hatten.⁴⁷ Vor diesem Hintergrund überrascht nicht, dass Aktive der Innsbrucker *Germania* in den 1960er-Jahren die hohe zeitliche Belastung durch das Fechten als einen ihrer Hauptkritikpunkte am Status quo des Verbindungslebens anführten.⁴⁸ Ein *Germane*, Werner Riesenhuber, formulierte gar die rhetorische Frage, weshalb ein idealistisch eingestellter Student sich einer Vereinigung zuwenden solle, „deren Hauptarbeit im Fechten, Kneipenschlagen und interner Verbändearbeit besteht“?⁴⁹

Damit ist bereits auch der nächste zentrale Hinderungsgrund für umfassenderes politisches Engagement seitens der Burschenschaften in Österreich angesprochen: der Umfang selbst geschaffener institutioneller Verpflichtungen bzw. der Stellenwert der sogenannten ‚Couleurpolitik‘. Bereits 1950/51 hatte Günther Berka im burschenschaftlichen Kreis angemerkt, dass die interkorporative verbindungsstudentische Beziehungspflege in ihrer vor dem Zweiten Weltkrieg betriebenen Form „zweifellos überspitzt“ gewesen sei. Für ein derartiges Aufkommen an Ehregerichten, Repräsentationspflichten und Delegiertenversammlungen fehle „(h)eute (...) einfach (...) die Zeit“.⁵⁰ Berkas Reformwünschen wurde allerdings kaum nachgekommen. Die von ihm als „durchaus unzeitgemäß [sic] und kostspielig“ abgelehnten „Auffahrten in Wuchs“ wurden beibehalten⁵¹; die ‚Ehrenreinigung‘ mit der Waffe, die er (anders als die Mensur) als längerfristig nicht haltbar eingestuft hatte⁵², beschäftigte auch nach 1945 zahlreiche Vertretersitzungen (vgl. eingehend Kapitel III.5.4); die Mensur, über deren Beibehaltung nach Berkas Dafürhalten der burschenschaftliche Nachwuchs hätte entscheiden müssen, blieb bis heute ein wichtiger Teil des burschenschaftlichen Lebens in Österreich.⁵³

⁴⁷ Vgl. die Auswertung der Fragebögen des Referenten für burschenschaftliche Arbeit, Beilage zu den *Germanenmitteilungen* vom Mai 1965, Blatt II der Beilage.

⁴⁸ Vgl. die *Germanenmitteilungen*, Februar 1964, 3f. und 6 sowie Dezember 1967, o. S.

⁴⁹ *Germanenmitteilungen*, 15.12.1968, 5.

⁵⁰ BAK, DB 9, B. VI.15 [A], Berka 1951, 15 (vgl. Fußnote 129 auf S. 70 sowie Kapitel II.5.1).

⁵¹ Ebd., 15.

⁵² Ebd., 13.

⁵³ Ebd., 14. Scheichl bemerkt 1975 zur Innsbrucker Situation, dass trotz geringer Aktivstände die Anzahl der Mensuren pro Kopf sich binnen zehn Jahren „fast verdoppelt“ hätte. Dies sei symptomatisch und müsse „natürlich auf Kosten der politischen Präsenz gehen“ (PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 2).

Vor allem aber in puncto der Errichtung und Aufrechterhaltung umfangreicher Verbändestrukturen verhallte Berkas Appell zur Straffung gänzlich ungehört. Lokale Waffenringe (wie der WKR in Wien) erfassten die völkischen Verbindungen des jeweiligen Hochschulortes, *Delegierten-Convente* (D. C.) seine Burschenschaften; der ADC bzw. die DBÖ versammelte Letztere auf Bundesebene, wozu sich 1961 die BG und ab 1971 (zusätzlich) die DB als deutsch-österreichischer Zusammenschluss und fallweise *Örtliche Burschenschaften* (ÖB) als Lokalgliederungen der Letzteren gesellten. In Wien begründeten die Burschenschaften Mitte der 1980er-Jahre zudem die *Arbeitsgemeinschaft Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften* (ARGE WBL) als aktivistische Plattform jenseits des WKR. Dazu kamen Kartelle sowie auf bilateraler Ebene diverse Freundschafts- und Verkehrsverhältnisse.⁵⁴ Allein schon der Erhalt dieser Institutionen, u.a. in Form der Beschildung der regelmäßigen Delegiertentreffen und eines beträchtlichen Kommunikationsaufwandes im Sinne funktionierender Informationsflüsse und der Wahrung verbindungsstudentischer Konventionen, band weit über die Wiederaufbauphase nach dem Krieg hinaus umfangreiche burschenschaftliche Energien, noch bevor irgendeine im engeren Sinn politische Handlung gesetzt worden wäre.⁵⁵ Zu schultern hatten diese Last vornehmlich die im Fall der meisten Bünde ohnehin fortwährend unterbesetzten Aktivitäten.

Als letzter innerburschenschaftlicher Grund für eingeschränkte politische Betätigung in der Zweiten Republik ist das zuvor benannte ‚politisch-programmatische Vakuum‘ anzuführen. Mit der Zerschlagung des ‚Dritten Reiches‘ wurden auch zentrale politische Aspirationen der Burschenschaften in Österreich in Trümmer gelegt und griff Orientierungslosigkeit Platz.⁵⁶ Man sah sich herausgefordert, unter den Bedingungen der neuen politischen Realitäten und Gesetzeslage die eigene Agenda zu reformulieren. Wie schon an anderer Stelle ausgeführt (vgl. die Kapitel II.3.1 und II.5), blieben Innovationen dabei weitgehend aus, Veränderungen auf taktische Anpassungen beschränkt. Der offene Antisemitismus wurde teilweise in die unauffälligeren Bahnen eines verschämteten ‚Asemitismus‘ umgelenkt⁵⁷, der Pangermanismus und das Streben nach deutscher Kontinentalhegemonie als Bekenntnis zur europäischen Einigung neu gerahmt (vgl. Ab-

⁵⁴ Dabei handelt es sich um über bi- bzw. im Fall der Kartelle multilaterale Abkommen besiegelte, besondere Naheverhältnisse zwischen Bünden an verschiedenen Hochschulorten, die sich u.a. in wechselseitigen Besuchen (etwa anlässlich von Stiftungsfesten) oder inhaltlicher Abstimmung vor Dachverbandssitzungen äußern können. Auch können sie für die Verbindungsmitglieder mit der Verpflichtung einhergehen, im Fall eines Studienortswechsels beim jeweiligen lokalen Kartell-, Freundschafts- oder Verkehrsbund zu ‚verkehren‘.

⁵⁵ Vgl. zur Vielzahl an terminlichen Verpflichtungen etwa Aldania 1984, 30.

⁵⁶ „Wir haben hier kein rechtes fixes Programm; das wirkt lähmend“, schrieb Max Doblinger (*Frankonia* Graz) am 14.9.1950 an den BBf.-Schriftleiter Heinz Amberger (Abschrift des Briefes in BAK, DB 9, B. VI.15 [A]).

⁵⁷ Vgl. Weidinger 2012.

III.1 Die Burschenschaften in Österreich als politische Vereinigungen

schnitt III.5.2). Die alte Leitidee der staatlichen Einigung aller als ‚deutsch‘ angesehenen Lande wurde gesetzeskonform in die Aufgabe übersetzt, „den Gedanken an die deutsche Einheit wach zu halten“⁵⁸ und den ‚deutschen Charakter‘ Österreichs zu bewahren.

Die Diagnosen der unmittelbaren Nachkriegszeit behielten so noch länger Gültigkeit: „Oberstes Ziel der Burschenschaft sei, das für das Vaterland Vorteilhafteste zu erreichen (...). Gegenüber diesem Oberziel seien wir zur Zeit hilflos, weil wir kein Programm haben“, vermerkt der Bericht über eine Arbeitstagung der Innsbrucker *Germanen* vom November 1967.⁵⁹ Andreas Mölzer konstatierte noch 1980 Inhaltslosigkeit als Hauptproblem des völkischen Verbindungswesens in Österreich. Da der „Wiederaufbau der Organisation“ nach dem Krieg von „Männer(n) aus dem geistigen Biotop der Zwanziger- und Dreißigerjahre“ besorgt worden sei, hätten entsprechende Vorstellungen wohl die Wiederaufbauphase dominiert, während man sich angesichts der neuen Verhältnisse „(n)ach außen (...) duldsam und liberal“ habe geben müssen.⁶⁰ So habe man „nach und nach (...) die geistigen Inhalte des Korporationsstudententums auf zwar schöne, jedoch überall bei anständigen Menschen auffindbaren [sic] Werte, wie Freundschaft, Ehrlichkeit und Disziplin reduziert()“. Diese hätten ob ihrer Oberflächlichkeit und Inhaltsleere für die Verbindungsmitglieder nicht langfristig sinnstiftend wirken können, sondern viele von ihnen „mit zunehmender Distanz nach dem Ende des jugendlichen Höhenflugs“ desillusioniert und apolitisch zurückgelassen.⁶¹

„Radikalismus‘ als Kehrseite der Medaille?

In scharfem Kontrast zur eben behandelten Wahrnehmung der politischen Inaktivität wurde von Angehörigen des völkischen Verbindungswesens in Österreich seit Ende der 1970er-Jahre verschiedentlich auch das Phänomen eines gleichsam überschießenden, fanatischen politischen Engagements ausgemacht, das seinerseits ebenfalls in die politische Bedeutungslosigkeit führe bzw. diese verfestige. So vermerkte Sigurd Scheichl 1978 gegenüber seinen Bundesbrüdern, dass dort, wo Burschenschafter sich überhaupt noch ihres politischen Auftrages entsönnen, ein „verbale(r) Radikalismus“ vorherrsche, „der einem jede konkrete politische Bemühung erspart“. Teilweise würden „völlig unrealistisch(e)“ Positionen vertreten.⁶² Damit übereinstimmend identifizierte Mölzer 1980 neben dem desillusionierten, Politik-abstinenten Korporierten einen zweiten Typus, der „einer Art von politischem Rechtsradikalismus“ zuneige, „die zwar vom Willen vielleicht durchaus honorig und schön gemeint ist“, letztlich aber „provokant und

⁵⁸ DÖW, WKR-Folder 1991, o. S.

⁵⁹ *Germanenmitteilungen*, Dezember 1967, o. S.

⁶⁰ Mölzer 1980, 250f.

⁶¹ Ebd., 251.

⁶² PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7.

unreflektiert“ sei und dem gesamten ‚nationalen‘ Lager nur schade.⁶³ Dass das Phänomen nichtsdestotrotz auch die 1980er-Jahre überdauerte, legt eine Bestandsaufnahme Jürgen Hatzenbichlers von 1994 nahe:

Es gibt zwei Sümpfe, in denen man versacken kann: Der eine ist ein reaktionärer Rechtsradikalismus brauner Provinienz [sic] (...). Der andere Sumpf ist der, daß die Korporation vollständig sinnentleert wird. Übrig bleibt ein Männerstammtisch mit Mütze und Band, der sich bei ein paar alten Liedern und Bräuchen hervorragend amüsiert, und wo man als Vereinsmitglied später einmal Beziehungen und Protektion hat. Beide Wege sind, wollen die Verbindungen Zukunft haben und sich auch als politisch bedeutend reformieren, nicht tragbar.⁶⁴

Auch Stimmer beschreibt einen burschenschaftlichen Aktivismus nach 1945, der sich – angesichts der erwähnten Absenz einer zeitgemäßen, pragmatischen Programmatik nicht unplausibel – „teils mit verklärendem Rückgriff auf die kämpferische Tradition der nationalen Korporationen in den Freikorps nach 1918 bzw. in der illegalen NS-Bewegung“ vollziehe, und erkennt darin den „phasenweise wiederkehrende(n) Durchbruch eines radikal wertorientierten Elitenbewußtseins“.⁶⁵ Tatsächlich begünstigte ein eher wertelitäres Selbstbild unter Burschenschaftern im Untersuchungszeitraum politisches Engagement, das bei entsprechender Auslegung der burschenschaftlichen Wertetrias ‚Ehre, Freiheit, Vaterland‘ extremistische Ausformung annehmen konnte und dies auch häufig tat. Ein eher funktionales, auf die (Wieder-)Erringung führender Positionen im schwarz-rot regierten Österreich abzielendes Eliteverständnis ging dagegen, wie Stimmer festhält, eher mit apolitischer Einstellung und politischer Mäßigung einher.⁶⁶

III.1.2 Konjunkturen der Politisierung

Wenngleich innerburschenschaftliche Klagen über mangelnde politische Aktivität über den gesamten Zeitraum der Zweiten Republik zu verzeichnen sind, lassen sich doch Schwankungen in der realen Basis dieses Urteils ausmachen. Wie schon erwähnt, verortet Mölzer den Beginn der Politikabstinenz als unter den völkischen Verbindungsstudenten vorherrschende Haltung bereits in der Wiederaufbauzeit der frühen 1950er-Jahre. „Irgendwelche Bestrebungen politischer oder weltanschaulicher Art liegen ihm

⁶³ Mölzer 1980, 252.

⁶⁴ Hatzenbichler 1994, 257f. Der pennale Burschenschafter und akademische Sängerschafter galt bis zu seinem Abschied von der rechtsextremen Publizistik 1998 als Mölzgers rechte Hand.

⁶⁵ Stimmer 1997 (Band II), 1003.

⁶⁶ Ebd. Vgl. zum burschenschaftlichen Elitarismus ausführlich den Abschnitt III.6.3.

III.1 Die Burschenschaften in Österreich als politische Vereinigungen

[dem Verein, Anm. B.W.] ferne“, bekundete etwa *Laetitia* Wien (die spätere *Olympia*) damals in ihren Satzungen.⁶⁷ Wenn auch die spezifischen politischen Umstände in diesen Jahren völkischen Kräften eine solche Zurückhaltung gleichsam auferlegten, scheint die Restaurationsphase doch auch jenen historischen Moment nach 1945 zu bezeichnen, in dem der politische Charakter der Burschenschaften am ehesten grundsätzlich zur Disposition zu stehen schien. So berichtet *Alemannia* Wien von einem Richtungsstreit zwischen den Fürsprechern einer Neuaufstellung als „rein studentische Gemeinschaft“ und den Proponenten eines „Bund(es) völkischer Auslese“, was wohl dem Gegensatz von reinem Geselligkeitsverein und politischer Kaderorganisation entspricht.⁶⁸ Durchsetzen sollte sich die politische Fraktion – wie auch im in Kapitel II.3.1 erwähnten Fall der *Oberösterreicher Germanen*.⁶⁹ Bemerkenswert erscheint dabei, dass deren Mitglied Günter Hauska zufolge die Wiedererrichtung des Bundes „in erster Linie“ dem Gemeinschaftserlebnis im Lebensbund zu verdanken gewesen sei, das auch weiterhin die wichtigste Bestandsgarantie liefere. In dieser Darstellung erscheint der Männerbund auf Lebenszeit – und nicht die politische Mission – als Garant und damit auch als Kern burschenschaftlicher Existenz.⁷⁰ Über die Restaurationsphase hinaus sind explizite Bekenntnisse zu politischer Enthaltsamkeit in burschenschaftlichen Quellen gleichwohl nicht zu finden. Allenfalls bleiben politische Ausrichtung und Betätigung in auffälliger Weise unterbelichtet.⁷¹

Erste Politisierungsschübe nach dem Krieg gingen um 1960 von der Südtirolfrage (vgl. Kapitel IV.3) und vom vorläufigen Scheitern des Zusammenschlusses von DB und DBÖ (1961) aus. Letzteres ließ das bis dahin vordringlichste konkrete Ziel der österreichischen Bünde in den Hintergrund treten und gab so Energien frei, die lange Zeit gebunden gewesen waren. Zusätzlich begünstigt wurde die Bereitschaft, sich – wenn auch kaum ideologisch – neu aufzustellen auch durch die behördliche Auflösung der Burschenschaft *Olympia* Ende 1961 und die heftigen Attacken, denen die Burschenschaften sich nach mehreren Fällen angeblicher und teilweise tatsächlicher Involvierungen in rechtsextremistische Umrübe ausgesetzt sahen.⁷² Die Auf-

⁶⁷ AUW, S 259.27, Satzungen der akademischen Tafelrunde Laetitia (bestätigte Abschrift vom 29.10.1952), 1. Ähnliche Bekenntnisse leisteten *Hohenheim* (spätere *Bruna Sudetia*, AUW, S 259.56) oder *Ostara* (spätere *Ostmark*, AUW, S 259.43) ab.

⁶⁸ *Alemannia* 1962, 26.

⁶⁹ Vgl. *Oberösterreicher Germanen* 1967, 126.

⁷⁰ Ebd., 167.

⁷¹ Vgl. etwa die umfangreiche Chronik *Aldanias* von 1994, deren Autor sich in ausufernden Schilderungen von Feiern, Ausflügen, Anekdotischem und Personalia ergeht, bevor er – etwas pflichtschuldig – im Nachwort anmerkt, dass „unsere gesellschaftspolitische Arbeit nur gelegentlich gestreift worden“ sei, dennoch aber „die Basis unseres Handelns“ bilde (*Aldania* 1994, 244).

⁷² Zur Bedeutung sowohl der Zerschlagung der Fusionspläne als auch des medialen, behördlichen und politischen Gegenwindes vgl. den GHA-Bericht von 1962 (BAK, DB 9, E. 4 [A3], Anlage 1/2 zur Nieder-

bruchsstimmung ist an den Tagungsunterlagen zum DBÖ-Tag 1962 deutlich abzulesen – sowohl an den Berichten der Amtsträger als auch an den behandelten Anträgen. *Libertas* alleine trat mit sieben Reformvorschlägen hervor. Neben dem Umbau der DBÖ vom Provisorium zum tragfähigen Verband wurde u. a. die Einführung eines regelmäßigen burschenschaftlichen Seminars zu „hochschul- und tagespolitische(n)“ Themen beschlossen.⁷³

Am darauf folgenden DBÖ-Tag 1963 brachten die *Oberösterreicher Germanen* einen recht umfassenden Reformantrag ein, der u. a. darauf abzielte, die Burschenschafter wieder verstärkt für hochschulpolitische Betätigung zu mobilisieren und zu schulen. Über die Hochschulpolitik sollte eine größere „Breitenwirkung der burschenschaftlichen Ideen und Ideale“ erreicht werden; um Raum für sie zu schaffen, seien „reine Vereinsaufgaben, die geradezu reaktionären Charakter tragen“, auf ein gebührendes Maß zurückzustutzen.⁷⁴ Dass der entsprechende Antrag auch vorsah, die burschenschaftliche Bildungsarbeit künftig „vorwiegend rein hochschulpolitischen Angelegenheiten“ zu widmen⁷⁵, rief den Widerstand der Traditionalisten hervor. Diese, repräsentiert durch das *Ostmarkenkartell* (*Silesia*, *Stiria Graz*, *Suevia Innsbruck*), wollten umgehend per Dringlichkeitsantrag festgehalten wissen, dass die DBÖ im „Südtirolproblem“ den „wichtigsten Punkt ihrer burschenschaftlichen Arbeit“ erblicke.⁷⁶ Offenbar befürchteten die *Ostmarken* eine Zurückdrängung nicht nur der ‚reinen Vereinsaufgaben‘, sondern auch klassischer völkischer Anliegen. Ebenso erging es *Teutonia*, welche „das Hauptgewicht der Burschenschaftlichen Arbeit auf die Grenzlandarbeit“ gelegt sehen wollte.⁷⁷ Tendenziell aufseiten der *Oberösterreicher* befand sich in dieser Frage dagegen die Aktivitas der Innsbrucker *Germanen*, die jedenfalls bundintern mit Nachdruck den Ausbau der politischen und generell der geistigen Betätigung bei gleichzeitiger Reduzierung aller sonstigen Verpflichtungen einforderte.⁷⁸ Die *Obergermanen* aber sollten es sein, die sich in weiterer Folge zu Wortführern jener Burschenschafter aufschwangen, die insbesondere in einem „übermäßig belebte(n) Fechtbetrieb“ ein Hindernis für „rege ideelle Be-tätigung“ und effektive politische Arbeit auf Hochschulebene erkannten. Insbesondere

schrift des DBÖ-Tages, 1). Dem zufolge hätten beide Umstände „auf das gesamte burschenschaftliche Leben in Österreich weitgehende Rückwirkungen“ gehabt.

⁷³ BAK, DB 9, E. 4 [B₂], DBÖ-Rundschreiben Nr. 2 (Germania Graz) vom 6.11.1962, 1.

⁷⁴ BAK, DB 9, E. 4 [A₃], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 4. Auch Wrabetz jun. propagierte auf diesellem Burschentag die Hochschulpolitik als Mittel, um „Studenten, die nicht freiheitlich korporiert sind, in unserem Sinne zu beeinflussen [sic]“ (BAK, DB 9, E. 4 [A₃], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 6).

⁷⁵ BAK, DB 9, E. 4 [A₃], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 4.

⁷⁶ BAK, DB 9, E. 4 [A₃], Niederschrift des DBÖ-Tages 1963, 2. Im gefassten Beschluss war schließlich von „einem der wichtigsten Punkte“ die Rede (ebd., 10), Hochschulpolitik sollte fortan „entsprechende Be-rücksichtigung“ finden (ebd., 7).

⁷⁷ Ebd., 6. Vgl. zur ‚Grenzlandarbeit‘ Kapitel IV.1.2.

⁷⁸ Vgl. die *Germanenmitteilungen*, Dezember 1963, 7 und Februar 1964, 4f.

III.1 Die Burschenschaften in Österreich als politische Vereinigungen

richtete sich ihre Kritik gegen das ihrer Meinung nach ausufernde Hatz- und Contrahaft gewesen, das sie als „Mittel zur verschleierten Bereinigung von Ehrenhändeln“ charakterisierten.⁷⁹ Die Ehrenordnung erklärten sie u.a. zur Fahnenfrage, da sie ihnen kennzeichnend für die Selbstgenügsamkeit und Reformunwilligkeit der Burschenschaften in Österreich nach 1945 erschien und „ein Wirken nach außen“ verhindere.⁸⁰

Einen wahren Politisierungsschub löste zumindest mancherorts im burschenschaftlichen Lager das Erstarken der studentischen Linken an den deutschen und österreichischen Hochschulen ab den späten 1960er-Jahren aus.⁸¹ Der antikommunistische ‚Kampf um die Hochschule‘ bot sich in mehrfacher Hinsicht als neue sinnstiftende Mission an: Er eignete sich vortrefflich zur emotionalen Aufladung, war eng mit der Lebenswelt der Aktiven verknüpft und schien nichtsdestotrotz – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, des Pariser Mai von 1968 und des Verbalradikalismus mancher Gruppierung jener Zeit – zugleich eine geradezu welthistorische Dimension aufzuweisen. Zusätzlich mit Bedeutung aufgeladen wurde die universitäre Konfliktkonstellation durch den Umstand, dass Burschenschafter selbst noch in progressiv-katholischen Gruppierungen schnell den Bolschewismus am Werke sahen.⁸² In der Konfrontation mit diesem schien die nagende Frage nach der eigenen Daseinsberechtigung als politische Studentenbünde nun die ersehnte positive Antwort zu finden. Entsprechend breiten Raum nahm in den 1970er-Jahren die (teils von offenkundiger Faszination getragene) Auseinandersetzung mit dem intellektuell dynamischen und in seinen Aktionsformen innovativen linken Feindbild in den Aktivitäten vieler Einzelbünde, aber auch der DB ein.⁸³ In Publikationen, Seminaren und Vortagsveranstaltungen bemühte man sich um ein Kennenlernen des Gegenübers und die Erarbeitung von Konzepten und Strategien, ihm Paroli zu bieten.⁸⁴

Forciert wurde diese Linie in der DB wie auch auf Wiener Ebene nicht zuletzt von den *Oberösterreichischen Germanen*, die sich durchaus bereit zeigten, zugunsten der Feindanalyse,

⁷⁹ Oberösterreichische Germanen 1967, 162. Hatzen (zwischen zwei Verbindungen) und Contrahagen (zwischen zwei einzelnen Korporierten) sind Formen der Mensur.

⁸⁰ Ebd., 163. Vgl. zur Ehrenordnungsdebatte Abschnitt III.5.4 sowie zur Einschätzung der Hatzen und Contrahagen den Exkurs zum Duellwesen ebendort.

⁸¹ Vgl. Pawkowicz 1974, 2f.; AVSt, Burschenschaftliche Gemeinschaft 1976, 17; Weidinger 2010, 159 f.; sowie Kapitel IV.2.6.

⁸² Vgl. Weidinger 2010, v.a. 165–167.

⁸³ Angesichts Tausender „fanatische(r) kommunistischer Akademiker“, die in den kommenden Jahren die deutschen Hochschulen als Professoren, Journalisten, Richter u.a. verlassen würden, müsse – so der Festredner am Kommers des DB-Burschentages 1974 – sich „selbst ein Verband politisieren (...), der nicht die großartige Geschichte der Burschenschaft hätte“ (paraphrasiert von Gugerbauer, dieser zit. n. Oberösterreichische Germanen 1994, 41).

⁸⁴ Vgl. etwa die Arbeitsunterlagen zum DB-Burschentag 1975, 10 u. 12 sowie 20–24; zum DB-Burschentag 1976, 36 f.; sowie zum DB-Burschentag 1977, 6 u. 8 (alle: BAK, DB 9, B. VI. Burschentage [a]).

Programmarbeit und insgesamt der Hochschulpolitik klassische Aktionsfelder der österreichischen Bünde (wie etwa die ‚Grenzlandarbeit‘) zurückzustellen.⁸⁵ Dies freilich, ohne den gewohnten Boden burschenschaftlicher Politik in Österreich zu verlassen: Schon ihre Reformanträge von 1963 enthielten ein Plädyoyer zur Konzentration „unsere(r) Arbeit“ auf „die nüchterne nationale Aufgabe“ der Burschenschaften.⁸⁶ Der erwähnte Schwenk zur Hochschulpolitik war denn auch primär instrumentell motiviert und beruhte auf einer realistischen Einschätzung des Wirkungsradius burschenschaftlicher Politik nach 1945. „Um für unser nationales Anliegen Gehör zu finden, müssen wir erst einmal im allgemeinpolitischen Bereich akzeptiert werden“, erklärte Norbert Gugerbauer 1973.⁸⁷ Trotz jahrelanger Isolierung aufgrund ihrer Minderheitenposition in Fragen der Ehrenordnung avancierten die *Obergermanen* – jedenfalls nach eigener Darstellung – in den 1970er-Jahren zur politisch tonangebenden Burschenschaft in Österreich und zum wohl einflussreichsten österreichischen Bund innerhalb der DB. Sie dominierten Anfang der 1970er-Jahre den Wiener RFS⁸⁸, übten den DB-Vorsitz (1974/75) als erster Bund aus Österreich aus und gründeten 1970 gemeinsam mit *Alania* und *Silvania* eine Wiener ‚Örtliche Burschenschaft‘ (ÖB)⁸⁹, die – anfangs maßgeblich getragen vom späteren FPÖ-Führungsduo Jörg Haider (*Silvania/Südmark*) und Norbert Gugerbauer – Konvente zu politischen Themen abhielt und Flugblätter zur öffentlichen Verteilung brachte. Dem Chronisten der *Germanen* zufolge stellte „(d)iese burschenschaftlich-politische Aktivität (...) jedenfalls ein Novum im Kreis der Wiener Korporationen dar“.⁹⁰

Diese ließen sich vom Elan der *Obergermanen* nur begrenzt mitreißen, wie etwa die fruchtlosen Bemühungen Letzterer um eine politische Aktivierung des WKR in den 1970er-Jahren zeigen.⁹¹ 1977 beschlossen die Mitgliedsbünde zwar auf einen *Germanen*-Antrag hin, künftig beim ‚Farbenbummel‘ an der Universität mindestens 14-tägig ein Flugblatt politischen Inhalts zu verteilen, das von jeweils einem Bund alternierend

⁸⁵ Vgl. Gugerbauers Bericht über das *Germanen*-Vorsitzjahr, wiedergegeben in Oberösterreichischer Germanen 1994, 60–71; besonders 64–66; BAK, DB 9, B. VI. Burschentage (a), Niederschrift des DB-Burschentages 1974, 8–10 und des DB-Burschentag 1973, 4.

⁸⁶ BAK, DB 9, E. 4 [A3], Arbeitsunterlagen zum DBÖ-Tag 1963, 5.

⁸⁷ Oberösterreichischer Germanen 1994, 33. Vgl. auch Oberösterreichischer Germanen 1967, 168 f. sowie ausführlicher zur „relativen Abweichung der Oberösterreichische Germanen“ den entsprechenden Exkurs in Kapitel III.4.i.

⁸⁸ Vgl. Oberösterreichischer Germanen 1994, 15, 17, 22–24, 25, 29, 35–37, 45. „Der RFS war damals im wesentlichen ein Aktionsraum unseres Bundes und es war einfach beeindruckend, wie die anderen Bünde diesem geschlossenen Auftreten unseres Bundes hilflos gegenübergestanden sind.“ (Erwin Mayr, zit. ebd., 73)

⁸⁹ *Örtliche Burschenschaften* stellen lokale Gliederungen der DB an einem bestimmten Hochschulort dar. Am DB-Burschentag 1968 (und damit schon vor dem Beitritt der ersten österreichischen Bünde) war den Österreichern die Einrichtung solcher Gliederungen empfohlen worden – vermutlich auch in Reaktion auf den Stärkezuwachs der Hochschullinken (vgl. die *Germanenmitteilungen*, Juli 1968, 2).

⁹⁰ Oberösterreichischer Germanen 1994, 21.

⁹¹ Vgl. ebd., 25.

vorbereitet werden sollte. Das von den *Germanen* selbst produzierte erste Flugblatt sollte aber – trotz einstimmigen Beschlusses – auch das letzte bleiben.⁹² Anfang der 1980er-Jahre wird der WKR von seinen Mitgliedsbünden per Abkommen auf „politische Unverbindlichkeit“ festgelegt, um (weiteren) Austritten vorzubeugen.⁹³ Auch die Innsbrucker Situation unterstreicht, dass der studentische Politisierungstrend um 1970 das burschenschaftliche Lager nicht in seiner Gesamtheit erfasste. Die Innsbrucker Verbindungen, so Sigurd Scheichls Urteil von 1975, hätten sich „ganz auf das Gesellschaftliche und Korporative im engeren Sinn zurückgezogen“.⁹⁴ Drei Jahre später vermerkt Scheichl, die Tätigkeit der Burschenschaften erschöpfe sich „weitgehend in Kneipen und Mensuren“.⁹⁵

Ein gewisser Gegentrend ist ab Mitte der 1980er-Jahre in Wien zu verzeichnen. 1984 gründen die dortigen Burschenschaften die *Wiener Burschenschaft*, die als Plattform für politische Betätigung außerhalb des nun (auf Druck der Corps) offiziell entpolitiserten WKR dienen soll. 1985 schließen sich ihnen Landsmannschaften an, die Plattform wird zur ARGE WBL erweitert. Auch stellen Wiener Burschenschafter 1986 unter der Federführung *Olympias* den inzwischen vollkommen bedeutungslosen RFS neu auf: klar allgemein-politisch orientiert, „neu-rechts“ inspiriert und eine Identifizierung mit der (im selben Jahr vom Burschenschafter Haider übernommenen) FPÖ nicht mehr scheinend.⁹⁶ Generell kann die ‚freiheitliche‘ Studierendenorganisation aufgrund seit jeher enger personeller Verflechtungen als Barometer für das politische Aktivitätsniveau der Burschenschaften gelten. Zeigte der RFS sich unter der Ägide der *Oberösterreicher Germanen* um 1970 hochaktiv, so fällt seine Krise um 1980 mit Klagen über nachlassende Bereitschaft von Korporierten zusammen, sich hochschulpolitisch zu engagieren.⁹⁷

Um 1990 traten die völkischen Korporationen, im Kielwasser einer aufstrebenden FPÖ segelnd, verstärkt nach außen. Jedenfalls ortete Wolfgang Kitzmüller (*Arminia Czernowitz* zu Linz) 1995 – unter Verweis auf die freiheitlichen Wahlerfolge –, dass „sich unser Lager verstärkt seine Meinung in der Öffentlichkeit (...) zu vertreten getraut und damit auch selbstbewußter seinen von der Urburschenschaft ausgehenden politischen Auftrag erfüllt“. Ebenso habe der Kommers von Innsbruck 1994 unterstrichen, „daß das Couleurstudententum aus der Enge der jeweiligen Buden hinausdrängt“.⁹⁸ Dem war

⁹² Vgl. ebd., 83.

⁹³ Oberösterreicher Germanen 1994, 97.

⁹⁴ PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 21.8.1975, 2.

⁹⁵ PBW, internes Rundschreiben des Altherrenverbandes der Germania Innsbruck vom 25.5.1978, 7.

⁹⁶ Zur Krise des RFS vgl. ebd., 87, 92, 94–96, 98; zu seiner Neuaustrichtung vgl. H. Stefan 2009, 128 f. und Dvorak 1996, 69 f. Ausführlicher zum Verhältnis von RFS, Burschenschaften und ‚Neuer Rechter‘ vgl. die Kapitel IV.1.3 und IV.2.7.

⁹⁷ Vgl. z.B. *Aula* Nr. 5/1985, 4.

⁹⁸ *Arminienbrief*, (mutmaßlich) Sommersemester 1995, 6.

jedoch nicht so: Der Trend – so er tatsächlich bestand – erwies sich als Strohfeuer. Es scheint plausibel, dass es die Einbeziehung von Teilen des Korporationswesens in die Briefbomben-Ermittlungen und die Distanzierung Jörg Haiders vom völkischen Lager waren, die ihm Mitte des Jahrzehnts ein Ende bereiteten (vgl. zur burschenschaftlichen Rekrutierung in den 1990er-Jahren näher Kapitel VI.1).

III.2 Der burschenschaftliche Auftrag an den Einzelnen

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt angedeutet, erstreckt der politische Auftrag der Burschenschaften sich nicht nur auf diese als Kollektivakteurinnen, sondern auch auf ihre einzelnen Mitglieder. Der *Olympe* Waldemar Steiner identifizierte deren politische Aktivität in einer Rede 1974 (damals FPÖ-Vizebürgermeister von Salzburg) sogar mit burschenschaftlicher Politik überhaupt: „Nach außen wird die politische Tätigkeit vom einzelnen Burschenschafter getragen. (...) Die Burschenschaft steht für die Idee, der einzelne verwirklicht sie.“⁹⁹ Auch Berka verortete 1956 „im Philisterium“, also dem Altherrenstand, „die eigentliche Aktivität einer akademischen Körperschaft“, auf welche die Aktiv- bzw. Studentenzeit lediglich vorbereite.¹⁰⁰ Nicht zuletzt auf die hier angesprochenen Erwartungen an den Lebenswandel des einzelnen Burschenschafters gründet meine Unterstellung einer ‚generischen Kausalität‘ zwischen dessen politischem Handeln und seiner burschenschaftlichen Sozialisation – und damit wesentlich auch die Annahme der Möglichkeit, in gewissem Rahmen Rückschlüsse von diesem individuellen Handeln auf die Burschenschaft(en) als Kollektiv zu ziehen (vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel I.2).

In ihrer allgemeinsten Fassung besteht die Erwartung an den einzelnen Burschenschafter darin, sich aktiv der politischen und sozialen Problemstellungen seines Umfeldes anzunehmen. Den bereits an anderer Stelle zitierten, ihrerseits von der DB-Verfassung inspirierten DBÖ-Grundsätzen von 1965 zufolge verlangt die Burschenschaft von ihren Mitgliedern „das volle Einstehen für die Rechte und Pflichten, die dem Staatsbürger eines Rechtsstaates erwachsen und macht es sich zur Aufgabe, in ihren Mitgliedern rege Anteilnahme an allen Belangen des deutschen Volkes zu erwecken“.¹⁰¹ Das Grundsatzdokument der burschenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft *Weißer Kreis in Österreich* (WKÖ), welcher *Albia*, *Libertas*, *Markomannia*, *Vandalia* (alle Wien), *Arminia* Graz und *Germania* Innsbruck sowie *Marcho Teutonia* Graz angehörten, verhielt

⁹⁹ Steiner 1974, 11 bzw. 15.

¹⁰⁰ Zit. n. *Libertas* 1967, 109 und 354.

¹⁰¹ BAK, DB 9, E. 4 [B2], Anlage B zum DBÖ-Rundschreiben Nr. 1 (Markomannia) von 1965/66 (untiert), 2.



böhlau

ANTON PELINKA
DIE UNHEILIGE ALLIANZ
DIE RECHTEN UND DIE LINKEN
EXTREMISTEN GEGEN EUROPA

Die Geschichte der europäischen Integration ist voll von Beispielen dafür, dass rechte und linke Extremisten in nicht abgesprochener Allianz die Vertiefung Europas zu verhindern versuchten – nur zu oft mit Erfolg. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 und des Europäischen Verfassungsvertrages 2005 sind prominente Beispiele dafür. Ausgehend von dieser Evidenz zeigt das Buch, dass die auf den ersten Blick überraschende, gegen die EU gerichtete Frontstellung kein Zufall ist: Vom Kriegspatriotismus des Jahres 1914 über einen auf der extremen Linken als Antizionismus getarnten Antisemitismus bis hin zur Ablehnung der Ergebnisoffenheit der liberalen Demokratie reicht die Kette der Gemeinsamkeiten, die rechten und linken Extremismus verbinden.

2015. CA. 200 S. GB. 170 X 240 MM | ISBN 978-3-205-79574-2

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 1 330 24 27-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



AUCH ALS eBook!

HORST DIETER SCHLOSSER

SPRACHE UNTERM HAKENKREUZ

EINE ANDERE GESCHICHTE DES
NATIONALSOZIALISMUS

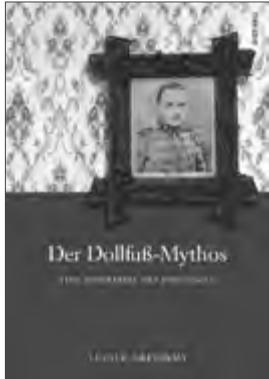
böhlau

Diktatorische Herrschaft beruht in erster Linie auf physischer Gewalt. Sie nutzt aber auch sprachliche Mittel, um ihren Machtanspruch durchzusetzen und zu etablieren. Die NS-Diktatur ist in dieser Hinsicht ein besonders eindrückliches Beispiel. Das neue Buch des Sprachwissenschaftlers Horst Dieter Schlosser widmet sich der „Sprache unterm Hakenkreuz“ und ihren Mechanismen zur Macherhaltung. Er arbeitet insbesondere das Wechselspiel zwischen sprachlicher Diskriminierung und Vernichtung von tatsächlichen und mutmaßlichen Gegnern des Regimes heraus und stellt auch die Positionen des Widerstands gegen das Regime umfassend dar.

Schlossers Analyse bietet eine profunde Basis zum Verständnis der Massenwirksamkeit von Propaganda und einer Grundlage, ihr mit sprachlichen Mitteln zu begegnen.

2013. 424 S. GB. 155 X 230 MM

ISBN 978-3-412-21023-6 [BUCH] | ISBN 978-3-412-21654-2 [E-READER]



böhlau

LUCILE DREIDEMY
DER DOLLFUSS-MYTHOS
EINE BIOGRAPHIE DES POSTHUMEN

„Möge sein Bildnis bleiben heute und immerdar im Herzen Österreichs!“ erhoffte sich Kurt Schuschnigg nach dem gewaltsamen Tod seines Vorgängers Engelbert Dollfuß im Juli 1934. 80 Jahre später nimmt Dollfuß in der Tat weiterhin einen besonderen, wenngleich stets umstrittenen Platz in Österreichs kulturellem Gedächtnis ein. Lucile Dreidemy begibt sich auf eine Spurensuche nach dem mythischen Nachleben jenes Mannes, der 1933/34 schrittweise die österreichische Demokratie beseitigte und seitdem das österreichische Geschichtsbewusstsein spaltet. Gestützt auf Theorien und Methoden der Mythen- und Biographieforschung sowie der Diskursanalyse untersucht die Autorin die Entstehung und Entwicklung des Dollfuß-Mythos im Laufe der letzten 80 Jahre, analysiert dessen verschiedene mediale Ausdrucksformen und fragt nach den Akteuren der Mythenbildung sowie deren politischen Interessen.

2014. 364 S. 65 S/W-ABB. BR. 170 X 240 MM. | ISBN 978-3-205-79597-1

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 1 330 24 27-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



CHRISTIAN H. STIFTER

ZWISCHEN GEISTIGER ERNEUERUNG UND RESTAURATION

US-AMERIKANISCHE PLANUNGEN ZUR
ENTNAZIFIZIERUNG UND DEMOKRATI-
SCHEN NEUORIENTIERUNG ÖSTERREI-
CHISCHER WISSENSCHAFT 1941–1955

Die Studie beschäftigt sich mit den US-amerikanischen Planungen für eine Nachkriegsdemokratisierung Österreichs und deren Umsetzung nach 1945. Dargestellt wird dies anhand von Fallbeispielen im Bereich des universitär-akademischen Wiederaufbaus 1945–1955.

Auf der Basis von umfangreichen Primärquellen stellt Christian H. Stifter die Veränderungen der US-Reorientierungspolitik von den Kriegsjahren bis zu den US-Propagandastrategien während des frühen Kalten Krieges detailliert dar und unterzieht diese einer kritischen Analyse.

Das ursprünglich geplante zivilgesellschaftliche Experiment einer „geistigen Abrüstung“ und gesellschaftlichen Umorientierung wurde jedoch selbst im Kernbereich der vollständigen Entnazifizierung nur sehr eingeschränkt wirksam: der universitär-akademische Wiederaufbau der Jahre 1945–1955 vollzog sich weitgehend in restaurativen Bahnen.

2014. 760 S. GB. 170 X 240 MM | ISBN 978-3-205-79500-1

Bernhard Weidinger analysiert die weltanschaulichen Grundlagen der Burschenschaften in Österreich, ihren politischen Aktivismus und ihren Stellenwert für die Freiheitliche Partei Österreichs. Der Autor legt damit die erste umfassende, kritische Aufarbeitung burschenschaftlicher Zeitgeschichte und Ideologie in Österreich vor – und liefert eine fundierte Einschätzung des burschenschaftlichen Einflusses auf die österreichische Bundespolitik nach 1945.



9 783205 796008

ISBN 978-3-205-79600-8 | WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM